



INHALT

- **Arzneimittel mit Patentschutz bleiben ein lukratives Geschäft**
- **Spahns Widerspruchspläne lösen Debatte aus**
- **Bundesärztekammer: Retter und Helfer vor Gewalt schützen**
- **Brandenburger Arzneimittel-Skandal: Ungeklärte Haftungsfragen**
- **TSVG passiert das Bundeskabinett**
- **Auch 2019 steigen die Arzthonorare**
- **Sterbehilfe: Bundesinstitut lehnt Anträge ab**
- **süß war gestern: 2. Deutscher Zuckerreduktionsgipfel**
- **Hintergrund: „Sinn erleben, Arbeit und Gesundheit“ – Der Fehlzeiten-Report 2018**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
27. September 2018

■ Fehlzeiten-Report 2018: Stabiler Krankenstand

Die erwerbstätigen Mitglieder der AOK waren 2017 genauso lange krank geschrieben wie 2016. Der **Krankenstand** blieb stabil bei 5,3 Prozent. Das ist ein Ergebnis des Fehlzeiten-Reports 2018 des Wissenschaftlichen Instituts der AOK (WiDO). Jeder AOK-versicherte Beschäftigte hat im Durchschnitt 19,4 Tage aufgrund einer ärztlichen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung am Arbeitsplatz gefehlt. Der Krankenstand beziffert den Anteil der im gesamten Jahr angefallenen Arbeitsunfähigkeitstage am Kalenderjahr und nicht den Anteil der krankgeschriebenen Beschäftigten an der Zahl aller Erwerbstätigen. Häufigste Ursache für eine Krankschreibung waren Atemwegserkrankungen und Muskel-Skelett-Erkrankungen. Allerdings ist die Zahl der Fehltage aufgrund psychischer Erkrankungen zwischen 2007 und 2017 um 67,5 Prozent angestiegen. Diese Erkrankungen führen zu besonders langen Ausfallzeiten. Eine repräsentative Umfrage für den Fehlzeiten-Report beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Arbeit und Gesundheit. Ergebnis: Wer seine Arbeit als sinnvoll erlebt, ist gesünder. Einzelheiten dazu im Hintergrund ab Seite 7.

Infos: www.aok-bv.de

■ Prognose für 2035: Rund 15 Prozent mehr Pflegebedürftige als heute

Auf knapp 3,5 Millionen beziffert das Bundesgesundheitsministerium aktuell die **Zahl der Leistungsempfänger** aus der sozialen und der privaten Pflegeversicherung. In 16 Jahren sind es laut einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) vier Millionen. Die Zahl der Pflegefachkräfte müsse angesichts dessen bis 2035 um 44 Prozent auf rund eine halbe Million steigen. Das IW forderte auch eine automatische Anpassung der Leistungen der Pflegeversicherung an die Entwicklung der Pflegepreise. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hatte bereits Ende August eine stärkere Anhebung der Pflegeversicherungsbeiträge als bisher geplant angekündigt. Statt um 0,3 sollen die Beiträge zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte steigen. Zudem kündigte Spahn an, nach den gescheiterten Verhandlungen zwischen Krankenhäusern und Krankenkassen über Personaluntergrenzen in Kliniken die Untergrenze im Zuge einer Verordnung festzusetzen. Die Gewerkschaft Verdi forderte für die Beschäftigten in der Altenpflege bundesweit tarifliche Mindeststandards. Union und SPD hatten flächendeckende Tarifverträge im Koalitionsvertrag vereinbart.

Infos: www.iwd.de



jetzt **auch** als
digitales Magazin

Kostenfrei alle Inhalte der G+G lesen.
Jetzt anmelden und keine Ausgabe mehr verpassen.
Newsletter inklusive

www.gg-digital.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Arzneimittel mit Patentschutz bleiben ein lukratives Geschäft

Trotz einiger Fortschritte hat das **Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz** (AMNOG) drängende Probleme nicht lösen können. Angesichts der Analysen des Arzneiverordnungs-Reports 2018 fordert die AOK erneut rückwirkende Preise für alle neuen Präparate zum ersten Tag des Markteintritts. „Die Beitragszahler der gesetzlichen Krankenkassen sind nicht dazu da, Pharmafirmen Traummarginen zu finanzieren“, kritisiert der Vorstandsvorsitzende Martin Litsch. Der Report legt einen Trend zu höchsten Preisen offen. „Hauptursache sind die patentgeschützten **Arzneimittel**, auf die im vergangenen Jahr 18,5 Milliarden Euro des GKV-Arzneimittelmarktes entfielen“, sagte Herausgeber **Professor Ulrich Schwabe** bei der Vorstellung des Reports in Berlin. Das sind 45 Prozent des Gesamtumsatzes. Jürgen Klauber, auch Herausgeber und Geschäftsführer des Wissenschaftlichen Instituts der AOK, bestätigt die Verschiebung zu Hochpreistherapien für häufig kleinere Patientengruppen. „Für die Behandlung von Krebserkrankungen, Viruserkrankungen und Erkrankungen des körpereigenen Abwehrsystems wurden 34 Prozent aller Arzneimittelausgaben verwendet, bei nur einem Prozent aller verordneten Tagesdosen.“ Damit habe sich der Ausgabenanteil für diese Therapiegebiete von 2007 bis 2017 verdoppelt. Der Trend setzt sich bei Arzneimitteln gegen seltene Erkrankungen fort. 2017 erzielten jene „Orphan-Drugs“ einen Umsatz von 3,3 Milliarden Euro. Das bedeutet eine Verdreifachung innerhalb von zehn Jahren. Der Anteil für Arzneimittel an den GKV-Ausgaben sei über Jahre hinweg nahezu unverändert, hielt die Pharmaindustrie dagegen.

Infos: www.aok-bv.de

■ Kontroverse Debatte zur Widerspruchslösung

Mit dem Gesetz für bessere Zusammenarbeit und bessere Strukturen bei der Organspende (GZSO) will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn bessere strukturelle und finanzielle Voraussetzungen für Organtransplantationen schaffen. Der Entwurf sieht unter anderem vor, bundeseinheitliche Regelungen für die Freistellung der Transplantationsbeauftragten zu definieren. Die Kosten sollen vollständig über die gesetzliche Krankenversicherung (GKV) refinanziert werden. Die Kliniken müssen die korrekte Verwendung nachweisen. Spahn sprach sich für die doppelte Widerspruchslösung aus. Das heißt: Jeder gilt als Organspender, wenn nicht er selbst oder Angehörige widersprechen. Die Grünen-Vorsitzende **Annalena Baerbock** befürwortet Spahns Vorschlag, ebenso der **Präsident der hessischen Landesärztekammer**, Edgar Pinkowski. Die **Deutsche Stiftung Patientenschutz** ist dagegen. „Schweigen heißt nicht Zustimmung. Jede Spende ist eine freiwillige und bewusste Entscheidung“, sagte Vorstand Eugen Brysch. FDP-Chef **Christian Lindner** nannte die Widerspruchslösung eine „Deformation der Selbstbestimmung“.

Infos: www.aok-bv.de

ZUR PERSON



■ **Susanna Karawanskij** ist neue Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie des Landes Brandenburg. Die Linkenpolitikerin folgt ihrer Parteifreundin Diana Golze, die im Zuge des Lunapharm-Skandals (siehe Seite 3) zurückgetreten war.



■ **Georg Stamelos** ist neuer Pressesprecher der Viactiv-Krankenkasse in Bochum. Er folgt auf Dietrich Hilje, der die Krankenkasse im nächsten Jahr aus Altersgründen verlassen wird. Vor seinem Wechsel arbeitete Stamelos in Berlin, unter anderem als Pressesprecher des Hauptstadtkongresses. In seiner neuen Position verantwortet er die interne und externe Kommunikation der Krankenkasse und berichtet an die Vorstandsvorsitzenden Reinhard Brücker und Roland Wien.

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Bundesärztekammer: Retter und Helfer vor Gewalt schützen

Der Vorstand der Bundesärztekammer (BÄK) hat der Opfer des Angriffs auf eine Arztpraxis in Offenburg gedacht und die Tat scharf verurteilt, bei der ein Arzt getötet und eine Praxismitarbeiterin verletzt wurden. Die BÄK fordert in einer Resolution mehr Schutz für Ärzte und Angehörige anderer Gesundheitsberufe: „Ärztinnen und Ärzte sind Retter und Helfer. Sie verdienen für ihre Arbeit Respekt, Unterstützung und vor allem Schutz vor jeglicher Form verbaler und körperlicher Gewalt“, heißt es in der Erklärung. Die Bluttat von Offenburg sei der vorläufige traurige Höhepunkt einer Reihe von Angriffen auf Ärzte und Angehörige anderer Gesundheitsberufe in den letzten Monaten und Jahren – sei es in Praxen, bei Hausbesuchen, bei Rettungseinsätzen oder in den Notfallambulanzen.

KOMMENTAR

Sicher ist die Bluttat von Offenburg eher ein seltener Extremfall. Aber gar nicht mehr selten sind Angriffe gegen Retter und Helfer. Und deshalb ist die Resolution der deutschen Ärzteschaft richtig, so selbstverständlich das auch klingen mag. Oft aber bleibt der Eindruck, das heute gar nichts mehr selbstverständlich ist. Selbst jene, die Beruf und auch Freizeit in den Dienst für andere gestellt haben, können sich nicht immer sicher fühlen. Warum ist das so? Vielleicht, weil wir allzu oft auch allzu gerne wegschauen, nicht einschreiten. Und deshalb: Helfen wir den Rettern, damit sie weiter helfen können und wollen. (rbr)

Infos: www.bundesaerztekammer.de

■ Brandenburger Arzneimittel-Skandal: Ungeklärte Haftungsfragen

Brandenburgs CDU will eine Entschädigung der Opfer des Lunapharm-Skandals prüfen lassen. Die Landesregierung solle Haftungsfragen klären, heißt es in einem Antrag der Landtagsfraktion. Zudem sei die Einrichtung eines Hilfs- und Entschädigungsfonds für die Betroffenen zu diskutieren. Lunapharm soll gestohlene und womöglich nicht mehr wirksame Krebsmedikamente vertrieben haben. Die Zahl der betroffenen Patienten ist weiter unklar. Gesundheitsministerin Diana Golze (Linke) war Ende August zurückgetreten. Die ihr unterstellten Behörden hatten nach einem ersten Untersuchungsbericht spätestens 2017 gegen den Handel einschreiten müssen. Lunapharm darf bis auf weiteres keine Arzneimittel herstellen. Das Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit hat den Bescheid über das Ruhen der Erlaubnis bis zum 7. Dezember verlängert. Der Medikamentenhandel war Lunapharm bereits bis zum 6. Februar 2019 untersagt worden. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen des Verdachts des illegalen Handels mit Krebsmedikamenten. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn erwägt unterdessen größere Kompetenzen für den Bund. Man prüfe, inwieweit Gesetzesänderungen nötig seien, damit das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte künftig schneller agieren könne.

Infos: www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ TSVG passiert das Bundeskabinett

Der Kabinettsbeschluss zum Terminservice- und Versorgungsgesetz (TSVG) bringt im Vergleich zum Referentenentwurf teils deutliche Änderungen. So plant die Bundesregierung, die Gehälter von Spitzenkräften der Selbstverwaltung einzufrieren. Eine Erhöhung der Vergütung der Vorstände der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KBV), des Gemeinsamen Bundesausschusses (GBA) und des Spitzenverbandes der Krankenkassen bis Ende 2027 ist laut TSVG-Entwurf unzulässig. Die KBV sprach **in einer ersten Reaktion** von „Misstrauen gegenüber der Selbstverwaltung“. Außerdem sieht der Entwurf vor, die digitale Vernetzung im Gesundheitswesen umfassend zu regeln und ausdrücklich auch die Patienten einzubeziehen. Neben Konkretisierungen bei der ärztlichen Bedarfsplanung sieht das TSVG jetzt auch ein Stufenkonzept in der psychiatrisch-psychotherapeutischen Versorgung sowie ambulante Kodierrichtlinien vor. Letzteres sei „ein Riesenerfolg für die ärztliche Diagnosequalität und ein entscheidender Beitrag zum Schutz vor Manipulationen im GKV-Finanzausgleich, so der **Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes**, Martin Litsch. Die Kabinettsfassung enthalte entscheidende Verbesserungen. Die Ärzte sind weniger zufrieden. Es fehle der Mut, den Weg der Entbudgetierung konsequenter zu beschreiten. Erschreckend sei der äußerst kleinteilige Eingriff in die Praxisgestaltung eines freien Berufs, heißt es bei der KBV.

Infos: www.bundesgesundheitsministerium.de

■ Auch 2019 steigen die Arzthonorare

Die Arzthonorare legen im kommenden Jahr um rund 620 Millionen Euro zu. Darauf haben sich der **Spitzenverband** der gesetzlichen Krankenversicherung und die **Kassenärztliche Bundesvereinigung** geeinigt. Weitere 400 Millionen Euro werden für extrabudgetäre Leistungen prognostiziert. „Wie das Ergebnis einmal mehr zeigt, funktioniert die gemeinsame Selbstverwaltung von Ärzten und Krankenkassen“, sagte ein Sprecher des GKV-Spitzenverbandes unmittelbar nach Abschluss der Verhandlungen. Nicht eingerechnet allerdings sind die Honorarversprechen der Bundesregierung im **Terminservice- und Versorgungsgesetz** (TSVG). 550 Millionen der 620 Millionen Euro entfallen auf die Erhöhung des **Orientierungswerts** um 1,58 Prozent. Rund 70 Millionen Euro wird laut vorläufiger Berechnungen die Veränderungsrate für die **Morbidität** bringen. Diese 70 Millionen basieren auf einer Empfehlung des sogenannten Bewertungsausschusses auf Bundesebene. Über die Veränderungsrate konkret verhandeln demnächst die Landesverbände der Krankenkassen mit den jeweiligen **Kassenärztlichen Vereinigungen**. Unterdessen hat eine Expertenkommission zur Reform der Ärzte-Bezahlung ihre Arbeit aufgenommen. Die Vergütung müsse sich künftig besser am Stand des medizinischen Fortschritts und am Versorgungsbedarf der Bevölkerung orientieren, sagte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn anlässlich der konstituierenden Sitzung des Gremiums.

Infos: www.aok-bv.de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

■ Sterbehilfe: Bundesinstitut lehnt Anträge ab

Auf Geheiß des Bundesgesundheitsministeriums hat das **Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte** (BfArM) mehrere Anträge von Menschen abgelehnt, die Medikamente zur Sterbehilfe erwerben wollten. Das berichtet der Berliner „Tagesspiegel“. Das Bundesverwaltungsgericht hatte zwar den Staat im März 2017 verpflichtet, unheilbar Kranken in Ausnahmefällen solche Medikamente zu bewilligen. Sie hätten laut Grundgesetz das Recht zu entscheiden, wie und wann sie aus dem Leben scheiden wollten. Das Ministerium hatte jedoch das Bundesinstitut im Juni 2018 gebeten, solche Anträge abzulehnen. Es könne nicht Aufgabe des Staates sein, Selbsttötungen durch behördliche Erlaubnisse zu unterstützen, heißt es in einem Schreiben des Gesundheitsministeriums. Der „Tagesspiegel“ beruft sich auf Angaben des BfArM, wonach derzeit 109 Anträge vorlägen.

Infos: www.tagesspiegel.de

■ RKI-Bilanz: Stärkste Grippewelle seit Beginn des Jahrtausends

Rund neun Millionen Menschen sind in der Grippesaison 2017/18 erkrankt. Die vergangene Grippewelle war damit laut Robert-Koch-Institut (RKI) die stärkste seit 2001. „Das waren noch einmal zwei Millionen Menschen mehr als während der starken Grippewellen 2012/13 und 2014/15“, sagte Silke Buda, Forscherin am RKI. Auf Intensivstationen habe die Zahl der Patienten die Zahlen der vergangenen drei Jahre deutlich übertroffen. Vermutlich liege die Zahl der Todesfälle erneut über 20.000. Gesicherte Daten dazu gibt es aber noch nicht. „Mehr Impfungen würden eindeutig mehr Erkrankungen verhindern“, bilanzierte Buda. Die **Ständige Impfkommission** (STIKO) empfiehlt die Impfung für alle Menschen über 60, für chronisch Kranke jeden Alters, für Schwangere sowie für Medizin- und Pflegepersonal.

Infos: www.rki.de

■ 2. Deutscher Zuckerreduktionsgipfel

Die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft, Julia Klöckner, und der US-Wissenschaftler Dr. Robert H. Lustig führen die Riege der hochkarätigen Gäste des 2. Zuckerreduktionsgipfels in Berlin an. Der Kongress am 17. Oktober steht unter dem Motto „süß war gestern“. Vertreter aus Politik, Wissenschaft und Lebensmittelindustrie werden darüber diskutieren, wie der Zuckerverbrauch in Deutschland gesenkt werden kann. Der individuelle Zuckerkonsum hierzulande liegt deutlich über der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation – mit weitreichenden Folgen für die Gesundheit. Nach dem **erfolgreichen Auftakt 2017** geht es diesmal um die nächsten Schritte einer gesamtgesellschaftlichen Strategie zur Zuckerreduktion in Deutschland.

Infos: www.aok-bv.de

Vorschau

G+G | 09/2018

Gesundheit und Gesellschaft

Pflege auf Augenhöhe

Blick über den Zaun: Deutsche Experten machten sich bei einer G+G-Studienreise ein Bild davon, wie Dänen, Norweger und Schweden die Pflege organisieren. G+G-Chef-Reporter Thomas Hommel war als Beobachter dabei

Mehr Power für die Pflege

Wenig Wertschätzung und Einfluss – sporadische Eingriffe der Politik tragen kaum dazu bei, die Pflegeprofession zu stärken. Ein Masterplan müsse her, findet G+G-Autor Andreas Büscher.

Kunstaugen aus Meisterhand

Für Menschen, die ein Auge verloren haben, können Ocularisten eine Augenprothese herstellen. Dieser Gesundheitsberuf erfordert viel Fingerspitzengefühl, wissen G+G-Reporter Oliver Häußler (Text) und Christoph Jäckle (Fotos) zu berichten.

GKV-Finanzentwicklung – 1. Halbjahr 2018*

	GKV	AOK	BKK	IKK	EK
Ärztliche Behandlung	1,7	0,4	2,3	4,5	2,1
Behandlung durch Zahnärzte (ohne Zahnersatz)	1,2	2,5	0,1	0,2	0,8
Zahnersatz	-0,5	-0,9	-1,3	0,4	-0,1
Arzneimittel	3,0	1,4	4,3	5,1	3,7
Hilfsmittel	3,1	-0,1	3,9	3,1	6,2
Heilmittel	6,4	4,9	6,9	3,9	7,9
Krankenhausbehandlung	2,1	0,3	3,3	4,3	3,2
Krankengeld	6,3	6,8	6,1	7,8	5,7
Fahrtkosten	5,9	3,6	6,4	9,8	7,9
Vorsorge- und Rehabilitationsmaßnahmen	2,3	0,8	1,7	0,8	4,8
Früherkennungsmaßnahmen	2,4	2,5	0,1	-0,7	3,4
Häusliche Krankenpflege	5,6	2,8	4,8	18,0	7,5
Ausgaben für Leistungen insgesamt (inkl. Netto-Vwk.)	2,9	1,6	3,3	4,6	3,7

Die Überschüsse der Krankenkassen sind im ersten Halbjahr 2018 um knapp 50 Prozent gesunken. Das Plus lag bei rund 720 Millionen Euro erzielt. Nach den ersten sechs Monaten 2017 waren es noch 1,41 Milliarden Euro. Die Finanzreserven der Krankenkassen stiegen bis Ende Juni 2018 auf über 20 Milliarden Euro.

*Ausgabenentwicklung je Versicherten im Vergleich zum 1. Halbjahr 2017 in v. H. (Quelle: KV 45, BMG)

Infos: www.bundesgesundheitsministerium.de

■ Zehntausende Europäer an Masern erkrankt

Nach Abgaben der Regionaldirektion für Europa der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben sich im ersten Halbjahr 2018 über 41.000 Kinder und Erwachsene mit Masern infiziert. Das sind fast doppelt so viele wie im gesamten Jahr 2017. Damals waren es knapp 24.000 Menschen, 2016 nicht einmal 6.000. Zsuzsanna Jakab, WHO-Regionaldirektorin für Europa, forderte die 53 Mitgliedstaaten auf, umfassende Maßnahmen zu ergreifen, um die weitere Ausbreitung der Krankheit zu stoppen. Mehr als die Hälfte der Masernerkrankungen 2018 seien in der Ukraine aufgetreten, weil dort im Zuge der Konflikte Routinen für Impfung und Überwachung unterbrochen worden seien. Aber auch in Frankreich, Georgien, Griechenland, Italien, Russland und Serbien habe es mehr als 1.000 Ansteckungen gegeben, heißt es in dem Bericht. In Deutschland erkrankten laut Robert-Koch-Institut im ersten Halbjahr 387 Menschen, deutlich weniger als im Vergleichszeitraum 2017. Damals waren es knapp 800.

Infos: www.euro.who.int/de

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

«BLICKPUNKT HINTERGRUND»

■ „Sinn erleben – Arbeit und Gesundheit“ – Der Fehlzeiten-Report 2018

Fragt man heute Beschäftigte, ob sie nach einem plötzlichen Geldsegen weiter arbeiten gehen würden, zeigt sich ein eindrucksvolles Ergebnis: Mehr als drei Viertel würden weiterhin arbeiten gehen, obwohl es finanziell nicht mehr nötig wäre. Offenbar ist Arbeit mehr als eine ungeliebte Pflicht. Mehr als jeder zweite Beschäftigte würde sich auch keine andere Arbeit suchen, ein gutes Zeugnis für die Arbeitgeber. Werden beide Fragen kombiniert, weist knapp die Hälfte der Befragten eine Bindung zur Erwerbstätigkeit und zur aktuellen Tätigkeit auf. Die Frage nach dem Warum war am Ende der Ausgangspunkt für das Thema des Fehlzeiten-Reports 2018.

2.030 Erwerbstätige zwischen 16 und 65 Jahren hat das Wissenschaftliche Institut der AOK (WIdO) im Frühjahr 2018 repräsentativ und exklusiv befragt, ob und wie sich sinnstiftende Arbeit auf ihre Gesundheit auswirkt. Dafür hat das WIdO auch erfragt, was den Menschen am Arbeitsplatz besonders wichtig ist. „Sichere und gesunde Arbeitsbedingungen sowie das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun, sind Beschäftigten sehr wichtig“, fasst Helmut Schröder, stellvertretender Geschäftsführer des WIdO und Mitherausgeber des Fehlzeiten-Reports 2018, die wichtigsten Ergebnisse zusammen.

» Gesunde Arbeitsbedingungen motivieren am meisten

Die Beschäftigten wurden unter anderem gefragt, was ihnen an ihrem Beruf (sehr) wichtig ist. Hier erreichen Aspekte wie „sichere und gesunde Arbeitsbedingungen“ (94,0 Prozent), „das Gefühl, etwas Sinnvolles zu tun“ (93,0 Prozent) und eine „interessante Tätigkeit“ (92,7 Prozent) die höchsten Zustimmungsraten. Die hohen Ausschläge bei den intrinsischen Arbeitswerten weisen darauf hin, dass das Sinnerleben für Beschäftigte heute eine hohe Bedeutung innehat.

Beschäftigte, die ihre Arbeit als sinnstiftend erleben, fehlen seltener am Arbeitsplatz, haben deutlich weniger arbeitsbedingte gesundheitliche Beschwerden und halten sich im Krankheitsfall häufiger an die ärztlich verordnete Krankschreibung. Laut WIdO-Umfrage ist 98,4 Prozent der Befragten im Job am wichtigsten, sich am Arbeitsplatz wohlfühlen. Auch eine gute Zusammenarbeit mit den Kollegen (97,9 Prozent), ein gutes Betriebsklima (96,8 Prozent), die Loyalität des Unternehmens gegenüber den Mitarbeitern (96,8 Prozent) sowie ein gutes Verhältnis zum Vorgesetzten (92,4 Prozent) empfinden sie als bedeutsam.

» Wunsch und Wirklichkeit

Bei der Bewertung des Sinnerlebens in der eigenen Tätigkeit differenziert die Forschung drei Dimensionen: So werden mit der „Kooperationsebene“ das soziale Klima im Betrieb erfasst, mit dem „individuellen Tätigkeitskontext“ die Einbettung der eigenen Kompetenzen in die Tätigkeit und die Ergebnis-

Der aktuelle gesundheitspolitische E-Mail-Newsletter der AOK

qualität bewertet und mit dem „gesellschaftlichen Nutzen“ die übergeordneten Aspekte der eigenen Tätigkeit und des Unternehmens beurteilt. Bei einem Abgleich von Wunsch und Wirklichkeit zeigt sich jedoch eine Lücke: Ein positives Betriebsklima erleben nur 78 Prozent der Beschäftigten. Die geringste Übereinstimmung zwischen Wunsch und Wirklichkeit zeigt sich bei der Loyalität des Unternehmens gegenüber den Mitarbeitern. So äußerten nur 69,3 Prozent der Befragten, dass sich ihr Arbeitgeber ihnen gegenüber loyal verhält.

» Sinnerleben und Gesundheit

Wenn Anspruch und Wirklichkeit gut zusammenpassen, geht das mit signifikant weniger arbeitsbedingten gesundheitlichen Beschwerden, weniger Fehlzeiten und eher mit einem präventiven Gesundheitsverhalten im Krankheitsfall einher. Durchschnittlich 12,1 Tage haben die Befragten nach eigenen Angaben im vergangenen Jahr krankheitsbedingt am Arbeitsplatz gefehlt. Passen der eigene Anspruch an das Sinnerleben im Beruf und die Wirklichkeit in der Wahrnehmung des Beschäftigten gut zueinander, berichten sie nur von 9,4 krankheitsbedingten Fehltagen. Unterscheiden sich Wunsch und Wirklichkeit stark voneinander, liegen die Zeiten mit 19,6 Fehltagen mehr als doppelt so hoch.

Dieser Zusammenhang zeigt sich auch bei den jobbedingten körperlichen und psychischen Beschwerden. Im Durchschnitt berichten 38,1 Prozent der Befragten über Rücken- und Gelenkschmerzen, 35,9 Prozent über Erschöpfung. Empfinden Beschäftigte ihre Arbeit als sinnstiftend, werden alle Beschwerden seltener genannt (Rücken- und Gelenkschmerzen: 34 Prozent; Erschöpfung: 33,2 Prozent).

Ist das nicht der Fall, berichten 54,1 Prozent über Rücken- und Gelenkschmerzen und 56,5 Prozent über Erschöpfung. Unterschiede gibt es auch bei der Anwesenheit am Arbeitsplatz trotz Krankheit, dem sogenannten Präsentismus: Mehr als jeder fünfte Befragte (21,1 Prozent) war entgegen dem Rat des Arztes im letzten Jahr krank zur Arbeit gegangen. Wer seine Arbeit sinnstiftend findet, ist jedoch seltener betroffen (18,5 Prozent) als Beschäftigte, bei denen das nicht der Fall ist (24,8 Prozent).

» Führungskräfte haben zentrale Rolle

Laut Kurzbericht 27/2018 des Instituts der deutschen Wirtschaft fehlen in Deutschland aktuell 440.000 qualifizierten Arbeitskräfte. Auch vor diesem Hintergrund sollte der starke und negative Effekt mangelnden Sinnerlebens auf die Gesundheit, aber auch auf die Unternehmensbindung für die Betriebe von hohem Interesse sein.

„Führungskräften kommt hier als Vermittler der Unternehmenskultur eine besondere Rolle zu“, resümiert WiDO-Vize Schröder. „Die Wertschätzung der Mitarbeiter fördert das Engagement für und die Bindung an das Unternehmen.“ Wertschätzung zeige sich unter anderem auch im Respekt vor der Kompetenz und der Anerkennung der Entscheidungsfähigkeit der Beschäftigten im Betrieb.

Infos: www.wido.de